

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor

COM(2013) 542 final

(2014/C 67/25)

Berichterstatter: **Joost VAN IERSEL**

Ko-Berichterstatterin: **Monika HRUŠECKÁ**

Die Europäische Kommission beschloss am 3. Juli 2013, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 304 AEUV um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor

COM(2013) 542 final.

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Beratende Kommission für den industriellen Wandel nahm ihre Stellungnahme am 26. September 2013 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 493. Plenartagung am 16./17. Oktober 2013 (Sitzung vom 17. Oktober) mit 172 gegen 23 Stimmen bei 24 Enthaltungen folgende Stellungnahme:

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt nachdrücklich den bevorstehenden Europäischen Rat Verteidigung im Dezember, der auf der Grundlage der Mitteilung der Europäischen Kommission⁽¹⁾ und des Berichts des Hohen Vertreters/Leiters der Europäischen Verteidigungsagentur⁽²⁾ beruhen wird. Diese Initiativen sind eine äußerst dringliche und zeitnahe Antwort auf interne und externe Aufgabenstellungen und zielen darauf ab, die langfristige Vorhersehbarkeit und Glaubwürdigkeit der europäischen Verteidigung zu fördern.

1.2 Indem sie über traditionelle Tabus hinausgehen, rücken die Mitteilung und der (vorläufige) Standpunkt des Hohen Vertreters die derzeitige Situation und die zu ergreifenden Maßnahmen in die richtige Perspektive.

1.3 So wird insbesondere in dem Bericht des Hohen Vertreters überzeugend argumentiert, dass eine umfassende Strategie für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) erforderlich ist, um den europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden. Der EWSA stimmt zu, dass eine GSVP den geeignetsten Rahmen für eine wirksame Zusammenarbeit im Bereich der militärischen Fähigkeiten bieten wird, unterstreicht jedoch, dass umgekehrt auch die Zusammenarbeit eine Vorbedingung für eine glaubwürdige GSVP ist.

⁽¹⁾ Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor, COM usw.

⁽²⁾ Dieses Dokument ist noch nicht veröffentlicht worden. Ein vorläufiger Standpunkt des Hohen Vertreters liegt vor.

1.4 Wenn diese Initiative gelingen soll, müssen günstige politische Bedingungen geschaffen werden. Da der Weg hin zu substanziellen Anpassungen in den europäischen (industriellen) Verteidigungsstrukturen lang und steinig sein und miteinander verwobene Politikbereiche einschließen wird, sieht der EWSA als wichtigste Bedingung für einen dringend notwendigen Durchbruch das fortgesetzte Engagement der Regierungschefs der EU.

1.5 Der EWSA fordert den Rat nachdrücklich auf, eine Reihe konkreter Maßnahmen und Tätigkeiten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenarbeit im europäischen Verteidigungssektor zu beschließen, die ein klares Signal für die Zukunft sind.

1.6 Der EWSA unterstützt das Ziel, eine unabhängige europäische Verteidigung aufrechtzuerhalten, die Europas wirtschaftlichem Gewicht und sonstigen Interessen in der Welt gerecht wird. Langfristiges Ziel sollte der eigenständige Schutz der EU-Bürger sein, mit der Gewähr, dass das Militär laufend mit der modernsten Ausrüstung ausgestattet wird, sowie die Sicherung europäischer Werte (Menschenrechte, Demokratie)⁽³⁾.

1.7 Die neue Phase des Übergangs hat auch Auswirkungen auf die Verteidigung und Sicherheit in Europa. Es vollziehen sich geopolitische Veränderungen in einer Zeit schwerwiegender wirtschaftlicher Stagnation und fortbestehender Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas. Parallel dazu treten neue Akteure auf die Weltbühne. Globale Entwicklungen sind rasanter als die Entwicklungen in Europa. Die Kluft nimmt zu. Europa muss sich rascher anpassen, um mit anderen Ländern Schritt zu halten.

⁽³⁾ ABl. C 299 vom 4.10.2012, S. 17.

1.8 Zudem verlangt das Erfordernis einer wettbewerbsfähigen Industrie angesichts schwindender Finanzmittel nach Kosteneffizienz. Europäische Ansätze anstelle kontraproduktiver Überschneidungen, unkoordinierter Maßnahmen und Lücken müssen ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis bringen und dadurch zu weniger Geldverschwendung und einem höheren Ertrag zugunsten des Steuerzahlers führen.

1.9 Der EWSA hält die in der Kommissionsmitteilung vorgenommene pointierte und präzise Analyse der relativen Position Europas für völlig zutreffend. Eine vergleichbare Analyse veranlasste den EWSA letztes Jahr dazu, für ein radikales Umdenken in Europa in Richtung gemeinsamer Verteidigungsfragen zu plädieren ⁽⁴⁾.

1.10 Der EWSA stimmt insbesondere Kapitel 9 der Kommissionsmitteilung über wesentliche Bestandteile der Agenda des Rates zu, namentlich ein strategisches europäisches Konzept, eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ⁽⁵⁾ und eine europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie.

1.11 Europa braucht dringend eine "gemeinsame Sprache" im Verteidigungswesen. Dies erfordert in der Tat eine Abkehr von nationalen Ansätzen und eine Hinwendung zu einem europäischen Denken über strategische Erfordernisse, mit dem propagiert würde, dass nationale Interessen in der Verwirklichung europäischer strategischer Ziele aufgehen.

1.12 Es ist auch ein Engagement in Politik und Gesellschaft vonnöten, damit die Öffentlichkeit über die Bedeutung der strategischen globalen und industriellen Interessen Europas richtig informiert ist und die Bürger und Steuerzahler diesen Weg aktiv mitgehen. Der EWSA stimmt mit der Kommission darin überein, dass eine gesunde europäische Verteidigungsindustrie auch eine wichtige Stütze der verarbeitenden Industrie in Europa insgesamt sein wird ⁽⁶⁾.

1.13 Möglichst viele Mitgliedstaaten müssen sich zur Erreichung dieses weitreichenden Ziels bekennen. Sind nicht alle Mitgliedstaaten zur Mitwirkung bereit, sollte das Ziel mit denen angestrebt werden, die willens sind.

1.14 Der EWSA unterstreicht die Rolle der Kommission und der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), von denen erwartet werden muss, dass sie bei der Umsetzung der Mitteilung eng zusammenarbeiten. Er schließt sich den von der Kommission geplanten Maßnahmen weitgehend an. In Kapitel 6 dieser Stellungnahme fügt er den Vorschlägen zusätzliche Bemerkungen und Empfehlungen hinzu.

1.15 In der Kommissionsmitteilung wird keine vorausschauende Industriepolitik thematisiert. Dahingegen verweist der EWSA auf die außergewöhnliche Stellung des Verteidigungssektors in Märkten, die überall auf der Welt zu einhundert Prozent institutionalisiert sind. Eine von den Mitgliedstaaten und/oder der Kommission durchgeführte vorausschauende Industriepolitik in ausgewählten Bereichen ist unerlässlich, um eine dem Stand der Technik entsprechende Produktion und Kosteneffizienz zu

erreichen. Eine geteilte Zuständigkeit der EU und der Mitgliedstaaten sowie die wirkungsvolle Interaktion und Synergie zwischen zivilen und militärischen Projekten und Technologie werden sich als höchst nutzbringend und kosteneffizient erweisen.

1.16 Neue Projekte in einem multilateralen europäischen Rahmen müssen von der Entwurfsphase an unter Nutzung der EDA ermittelt werden. Es kann Jahrzehnte dauern, bevor solche Projekte voll einsatzbereit sind. Je früher sie beginnen, desto besser.

1.17 Öffentliche und private FuE ist das Kerngeschäft. In diesem Bereich liegen die Verteidigungsinvestitionen auf dem niedrigsten Niveau seit 2006 ⁽⁷⁾. Im Gesamtkonzept sollten Möglichkeiten zur Verbesserung der Bedingungen für Investitionen und deren Anwendung in konkreten Projekten vorgesehen sein.

1.18 Die größte Verantwortung kommt den wichtigsten Herstellerländern als treibenden Kräften zu. Zwischen diesen und den anderen Mitgliedstaaten muss ein harmonisches Verhältnis bestehen. KMU und Forschungseinrichtungen in allen Ländern müssen breit miteinander verflochten werden, um möglichst viele Mitgliedstaaten für eine europäische Strategie mit ins Boot zu holen.

1.19 Angesichts der Unruhe unter den Arbeitnehmern des Sektors, die auf unstrukturierte Reorganisationen zurückzuführen sind, ist eine vorhersehbare Politik notwendiger denn je. Es ist auch eine Koordination bei der Antizipation des Wandels erforderlich, um angemessene Arbeitsverträge und -perspektiven zu gewährleisten. Es muss ein sozialer Dialog vorhanden sein.

1.20 In dieser Stellungnahme liegt der Fokus hauptsächlich auf politischen Grundsätzen, denn es geht um einen dringenden Durchbruch in einem strategischen Bereich, der keinen Aufschub duldet. Die ersten Schritte im Dezember sollten den Weg für erfolgreiche Folgearbeiten ebnen. Der Europäische Rat, die Regierungen sowie Kommission, EDA, Parlamente und Industrie (einschließlich Arbeitnehmervertreter) sollten alle an der Ausarbeitung einer strategischen Orientierung und konkreter Projekte beteiligt werden.

2. Europa ist gefordert

2.1 Die Kommission weist zu Recht darauf hin, dass sich "das Machtgleichgewicht der Welt verschiebt [...], da neue Schwerpunkte entstehen und die USA ihren strategischen Fokus nach Asien verlagern". Die BRIC-Länder stocken ihre Militärausgaben derzeit auf. Vor allem China und Russland erhöhen ihre Haushaltsmittel bis 2015 erheblich.

2.2 Der Druck der USA auf Europa, seine Rolle bei den Militärausgaben der westlichen Welt umfassend wahrzunehmen, nimmt beständig zu. Aufgrund von Sparzwängen rationalisieren die USA ihre Verteidigung, wovon auch die Vereinbarungen mit den Europäern betroffen sind.

⁽⁴⁾ ABl. C 299 vom 4.10.2012, S. 17.

⁽⁵⁾ Siehe Artikel 42 EUV.

⁽⁶⁾ Ein sehr anschauliches Beispiel in der Zivildindustrie ist in diesem Zusammenhang die erfolgreiche und dynamische Entwicklung von Airbus.

⁽⁷⁾ Siehe Verteidigungsdaten der EDA von 2011.

2.3 Die Kluft zwischen den USA und Europa ist riesig. 2010 belief sich der europäische Verteidigungshaushalt (Dänemark nicht mitgerechnet) auf insgesamt 196 Mrd. EUR, der US-amerikanische hingegen auf 520 Mrd. EUR⁽⁸⁾. Wichtiger noch: Der europäische Haushalt für FuE macht ein Siebtel des US-amerikanischen aus, was Folgen für die Ausrüstung und Verlegung der Streitkräfte hat.

2.4 Unterdessen gibt es vielfältige Bedrohungen. Die politischen und militärischen Spannungen nehmen nicht ab, neue Spannungen entstehen – einige davon vor Europas Haustür. Um mit den traditionellen Mächten auf Augenhöhe zu stehen, setzen neue, ambitionierte Weltakteure alles daran, dass ihre nationale Verteidigung ihren wirtschaftlichen und sonstigen Interessen entspricht.

3. Europäische Ansätze

A. Politik

3.1 Die Europäer stehen zwei miteinander verwobenen Arten von Problemen gegenüber:

- einem substanziellen Rückgang der Verteidigungsausgaben, der Lücken und Schaden an der nationalen Verteidigungsfähigkeit und -wirksamkeit verursacht, insbesondere aufgrund der kontinuierlichen Verringerung der FuE-Ausgaben;
- geopolitischen Veränderungen, die zu einer viel engeren europäischen Zusammenarbeit und einem höheren Maß an Unabhängigkeit in Verteidigung und Sicherheit führen sollten.

Die europäische Debatte über diese beiden miteinander verwobenen Bereiche steckt jedoch noch immer in den Kinderschuhen.

3.2 Einschlägige Regierungsunterlagen⁽⁹⁾ spiegeln alle einen beträchtlichen Rückgang der Verteidigungsausgaben wider⁽¹⁰⁾. Sie konzentrieren sich hauptsächlich auf Anpassungen innerhalb eines nationalen Rahmens: wie auf möglichst kosteneffiziente Weise weiterhin ausreichender Nutzertrag aus den Fähigkeiten gezogen werden kann. Die Mitgliedstaaten sind immer noch weit von einer Denkweise entfernt, die die nationalen Verteidigungsfähigkeiten auf natürliche Weise in eine europäische Perspektive rückt.

3.3 Der EWSA gelangte letztes Jahr zu dem Schluss: "Die Verteidigungspolitik wird durch die strategischen Interessen [...] der Länder geprägt; in Europa sind diese hauptsächlich national definiert. Überholte Ansätze führen offenkundig zu zunehmender Zersplitterung, Lücken, Überkapazität und fehlender Interoperabilität der europäischen Verteidigungsfähigkeiten"⁽¹¹⁾.

3.4 Sechzig Jahre europäische Integration und der Binnenmarkt haben widerstandsfähige Wirtschafts- und Unternehmensstrukturen herausgebildet, die ein stark inlandsbasiertes Muster

von Wirtschaftstätigkeiten entstehen lassen. Bei der Konzeption, geschweige denn der Organisation, im Bereich Militär und Verteidigung steht Europa jedoch immer noch am Anfang.

3.5 Verteidigung als eine Funktion der Außenpolitik – nach wie vor der Ausdruck der nationalen Souveränität schlechthin – wird nach nationalen Vorgaben konzipiert, aufgebaut und durchgeführt. Jede multinationale Kooperation, ob mit europäischen oder außereuropäischen Partnern, wird von dieser Warte aus gesehen.

3.6 Initiativen zur Überwindung der innewohnenden Hindernisse sind bislang größtenteils gescheitert. Der englisch-französische Militärpakt von Saint-Malo (Abkommen über die Verteidigungszusammenarbeit) von 1998 sollte signifikante Schritte in der militärischen Zusammenarbeit markieren. Nach fünfzehn Jahren sind die Ergebnisse trotz weiterer Verhandlungen nach wie vor mager.

3.7 Aus einer Sechs-Nationen-Initiative von 1998 entstand 2000 eine Absichtserklärung der sechs wichtigsten Herstellerländer – Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien und Schweden, den sogenannten LoL-Ländern –, die in einen Vertrag über Umstrukturierung und Betrieb der Verteidigungsindustrie mündete. Dieser Vertrag über die Planung und Kooperation mit der Industrie sowie über Fähigkeiten und Forschung hat lange Zeit keine greifbaren Ergebnisse geliefert.

3.8 Es gibt noch andere Formen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, wie die zwischen der niederländischen und belgischen Marine, die nordische Verteidigungskooperation (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden) und die Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und niederländischen Heer. Diese dürfen jedoch nicht mit Industriezusammenarbeit verwechselt werden, an der es immer noch weitgehend fehlt.

3.9 2004 wurde die Europäische Verteidigungsagentur errichtet mit dem Ziel der strukturellen Verteidigungszusammenarbeit, auch mit der Unterstützung von Initiativen der Kommission. Bisher ist die strukturelle Zusammenarbeit trotz einiger Fortschritte aufgrund mangelnden Engagements seitens der Mitgliedstaaten nicht in Gang gekommen.

3.10 Zusammenfassend stellt der EWSA fest, dass fehlender politischer Wille, traditionalistische Ansichten und Einzelinteressen nennenswerten Fortschritt verhindert haben – trotz des zunehmenden Bewusstseins für die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit und einer europäischen Vision für die Verteidigung.

B. Industrie

3.11 Die Reaktion der europäischen Verteidigungsindustrie auf internationale Entwicklungen war eine ganz andere:

- Die Industrie arbeitet in einem weltweiten Kontext und ist zwangsläufig mit den nationalen Regierungen verbunden. Sie ist aber auch auf internationalen Märkten sehr aktiv, die zunehmend eine Grundlage für positive Ergebnisse bilden.
- Überdies sind die größten Konzerne sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich tätig. Der dynamischere zivile Teil nimmt aufgrund schwindender militärischer Umsätze und Einnahmen insbesondere in Europa zu.

⁽⁸⁾ Quelle: EDA, Januar 2012.

⁽⁹⁾ **Strategic Defence and Security Review** (Überprüfung der strategischen Verteidigung und Sicherheit), Vereinigtes Königreich, Oktober 2010. Livre Blanc sur la Défense et la sécurité nationale (Weißbuch Verteidigung und nationale Sicherheit), Frankreich, Mai 2013.

⁽¹⁰⁾ Sehr offen bezüglich der Auswirkungen dieses Rückgangs waren die pointierten Bemerkungen des französischen Verteidigungsministers Jean-Yves Le Drian in einer Rede vor der École militaire in Paris am 29. April dieses Jahres.

⁽¹¹⁾ Ebd., Ziffer 1.2.

3.12 Die Verteidigungsindustrie sorgt sich schon seit Langem um ihre Wettbewerbsstellung. Die institutionelle Position der Industrie ist von Land zu Land sehr verschieden: von komplett staatseigenen Unternehmen bis hin zu Privatbetrieben und allen Varianten dazwischen. Der gemeinsame Nenner ist, dass die Regierungen überall eine ausschlaggebende Rolle spielen. Trotz einer (Teil-)Privatisierung ist und bleibt die Verbindung zwischen Industrie und Staat sehr stark, da sie von (monopolistischer) staatlicher Nachfrage und Regulierung sowie von Exportlizenzen abhängt.

3.13 Die Industrie würde eine Konsolidierung auf europäischem Maßstab vorziehen, doch der Markt ist zu begrenzt. BAE-Systeme, Finmeccanica und – in geringerem Umfang – Thales und EADS sind in den USA sehr aktiv. Sie können in Europa jedoch nicht frei operieren, da die nationalen Regierungen aufgrund der besonderen Beziehungen bei jeder strategischen Entscheidung in der Industrie das letzte Wort haben.

3.14 Die Dynamik der Märkte verstärkt weltweit den Wettbewerb. Die US-amerikanische Industrie intensiviert ihre Exportbemühungen, um den Rückgang in bestimmten Inlandsmärkten auszugleichen. Neue Weltakteure werden zunehmend ihren eigenen Bedarf decken. Sie werden ebenfalls auf Exporte abzielen und somit auf den Märkten von Drittstaaten mit der europäischen Industrie konkurrieren.

3.15 Schließlich vertritt die Industrie den Standpunkt, den der EWSA letztes Jahr eindringlich betonte, nämlich dass eine ausgereifte Verteidigungsindustrie ohne eine solide einheimische Basis niemals eine glaubwürdige internationale Stellung halten kann. Aufgrund der Hochtechnologie-Komponente der militärischen Ausrüstungen weist kein einzelner nationaler Markt und kein nationaler Verteidigungshaushalt mehr ein ausreichendes Volumen auf. Dem ist nun schon seit zwanzig Jahren so, und die Folgen werden immer akuter.

3.16 Auf dem Weg zu einer unabhängigen europäischen Verteidigung hebt der EWSA die große Priorität souveräner Fähigkeiten und Investitionen mit hoher Wertschöpfung hervor. Sie sind unverzichtbar, wenn Europa weltweit eine entscheidende Rolle spielen will, und werden auch zu einem neuen Denkansatz unter Europäern beitragen.

3.17 Unlängst hat die Industrie alle gängigen Argumente zugunsten stabiler und vorhersehbarer, langfristiger, von Europa angetriebener Technologie- und Produktionsprogramme in jedem wichtigen Bereich erneut bekräftigt.

3.18 Die Industrie schlägt Alarm. Will sie überleben und ihre Ertragskapazität und Arbeitsplätze beibehalten, so besteht die Alternative darin, die zivile Produktion zu erhöhen. In diesem Fall würde es Europa jedoch noch stärker an einer einheimischen Verteidigungsindustrie fehlen, was auch Einfluss auf seine Außenpolitik hätte.

3.19 Gewerkschaften, durch IndustriAll vertreten, äußern in ähnlicher Weise Unbehagen. 2011 waren 7330 00 qualifizierte

Arbeitnehmer in Europa ⁽¹²⁾ direkt im Raumfahrt- und Verteidigungssektor beschäftigt, weitere zwei Millionen Menschen hingen von ihm ab. Im Laufe der letzten zehn Jahre wurde die Zahl der Arbeitskräfte erheblich reduziert, und weitere Haushaltskürzungen bringen Arbeitsplätze in Gefahr. Der Verteidigungssektor hat für junge Menschen aufgrund seiner unvorhersehbaren Zukunft nur geringe Anziehungskraft.

3.20 Der EWSA weist darauf hin, dass die Arbeitnehmer größtenteils für das Versagen der Staaten bezahlen, ihre Verteidigungsorganisationen umzustrukturieren. Indem sie die Rationalisierung ihrer Militärmacht hinausschieben, verpassen die Staaten die Chance, wirksam in die Erneuerung der Fähigkeiten zu investieren, und das wirkt sich negativ auf die Arbeitskräfte aus.

3.21 Die derzeitige Lage wird zunehmenden Widerstand hervorrufen, so lange die ungeplanten und unstrukturierten Reorganisationen weitergehen. Bei der Umsetzung vorausschauender politischer Veränderungen wird es der Teilnehmervertretern auf betrieblicher und regionaler Ebene bedürfen, um abrupte Anpassungen zu vermeiden.

3.22 Für die Beschäftigung, möglicherweise auf niedrigerem Niveau, wird wesentlich mehr europäische Koordinierung in Technologie und Produktion erforderlich sein. Dabei müssen prekäre Beschäftigungsverhältnisse durch neue Qualifikationen und Kompetenzen verhindert werden, um nach Möglichkeit angemessene Arbeitsverträge und -perspektiven zu gewährleisten. Es muss ein wirksamer sozialer Dialog auf verschiedenen Ebenen zuwege gebracht werden.

3.23 Die Verschlingung der europäischen Produktion aufgrund von Haushaltskürzungen muss strukturiert gemanagt werden, mithilfe eines angemessenen sozialen Dialogs, der darauf abzielt, Arbeitsplätze zu erhalten und eine anderweitige Verwendung für die von Personalüberhängen betroffenen Arbeitnehmer zu finden. Sowohl die Industrie als auch den Arbeitnehmern geht es in einem vorhersehbaren, marktgetriebenen europäischen Kontext besser als in kurzfristigen, schlecht geplanten Reorganisationen auf rein nationaler Grundlage ohne klare Ziele ⁽¹³⁾.

4. Politische Rahmenbedingungen und Aussichten

4.1 Die Aussichten der europäischen Verteidigungsindustrie werden allmählich so unsicher, dass unter den Europäern eine grundlegende Zukunftsdebatte geführt werden muss – wenn nicht unter allen, dann zumindest unter denen, die willens sind.

4.2 Es bedarf einer neuen Denkweise und der Entwicklung einer "gemeinsamen Sprache" unter den Mitgliedstaaten und in der EU, die auf drei Grundannahmen beruht:

- Eine integrierte europäische Wirtschaft braucht einen gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsansatz, um ihre Interessen, ihre Bürger und ihre Ansichten in der Welt zu wahren und zu schützen.

⁽¹²⁾ Jahresbericht 2012 der AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD).

⁽¹³⁾ Siehe auch "Twelve demands for a sustainable industrial policy", IndustriAll Europe Executive Committee, 12./13. Juni 2013.

- Es bedarf einer gemeinsamen Analyse der bestehenden und erwarteten (langfristigen) weltweiten Entwicklungen als Ausgangspunkt zur Erarbeitung von Ideen und konkreten Ansätzen, um die Stellung Europas in der Welt insgesamt zu stärken.
- Es muss eine Verbindung hergestellt werden zwischen Außenpolitik, Bedrohungen, Verteidigung und Sicherheit, langfristigen Aussichten und einer – auch unter dem Aspekt der Beschäftigung – nachhaltigen Verteidigungsindustrie.

4.3 Der EWSA ist sich der weitreichenden Folgen dieser miteinander verbundenen Aussagen bewusst, die immer nur unzureichend diskutiert werden. Zahlreiche Initiativen, die im Laufe der letzten fünfzehn Jahre in gutem Glauben gestartet wurden, sind an der nationalen Souveränität gescheitert, d.h. die nationalen Wahrnehmungen von Bedrohungen und Positionen, die in der Außenpolitik der Mitgliedstaaten zum Ausdruck kamen, wurden nie in Frage gestellt. Folglich lebt Europa derzeit mit vielfältigen Standpunkten, die in gewisser Weise miteinander unvereinbar sind. Der EWSA ist der Ansicht, dass ein wirklicher Durchbruch ohne die Akzeptanz einer gemeinsamen Souveränität im Rahmen der EU illusorisch ist.

Sollen neue, vielversprechendere Prozesse in Gang kommen, so muss die Debatte auf einer neuen Grundlage starten.

4.4 Angesichts der vielfältigen, damit zusammenhängenden Politikbereiche sieht der EWSA dem Europäischen Rat Verteidigung im Dezember sehr erwartungsvoll entgegen. Bisher lag die Verantwortung für Verteidigung und Sicherheit hauptsächlich bei den Verteidigungsministern, prinzipiell im Einklang mit allgemeinen Leitlinien der Außenminister und unter strenger Überwachung der Finanzminister.

4.5 Mittlerweile verändert sich der Kontext jedoch vollständig, was neben drastischen Sparzwängen und der Notwendigkeit von Rationalisierung auch auf neue Paradigmen und somit neue Bedrohungen zurückzuführen ist. Aufgrund u.a. der Beziehung zwischen ziviler und militärischer Technik und Innovation sowie der Verbindung zwischen der Verteidigung und der Sicherheit der Bürger sind auch andere Teile der staatlichen Politik betroffen. Alle diese Faktoren verlangen nach einem holistischen, umfassenden Ansatz.

4.6 Viele Menschen, insbesondere Unternehmer und Arbeitnehmer, zählen darauf, dass von Dezember an strukturelles Denken und Handeln vorherrschen werden. Wenn die EU diese Chance verpasst, so kann es wieder Jahre dauern, bis ein positiver Prozess ins Rollen kommt.

4.7 Der Europäische Rat im Dezember wird die erste Rats-tagung sein, auf der das Thema Verteidigung in seiner Gesamtheit behandelt wird. Angesichts der enormen Komplikationen, die mit einem Richtungswechsel verbunden sind, ist der EWSA überzeugt, dass nachfolgende Ratstagungen unerlässlich sein werden, um einen sichtbaren Wegverlauf, Glaubwürdigkeit und Vorhersehbarkeit zu ermöglichen.

5. Industriepolitik

5.1 Der EWSA hat die Kommissionsmitteilung über Industriepolitik⁽¹⁴⁾, mit der günstige Bedingungen, Maßnahmen und

⁽¹⁴⁾ Mitteilung der Europäischen Kommission über Industriepolitik (COM(2012) 582 final) und EWSA-Stellungnahme zu dieser Mitteilung.

Programme für den Start, den Aufbau und die Stärkung der Industrietätigkeiten in Europa gefördert werden sollen, sehr positiv aufgenommen. Europa muss seine industrielle Zukunft in einem offenen Umfeld gewährleisten.

5.2 Die Verteidigung ist eine hervorragende, außergewöhnliche Branche. Naturgemäß funktioniert sie weltweit in Märkten, die zu einhundert Prozent institutionalisiert sind. Sowohl der Industriezweig als auch die Forschungseinrichtungen sind in erster Linie nach nationalen Gesichtspunkten aufgebaut und organisiert. Kleinere Länder, denen es an einer eigenen Industrieproduktion fehlt, kaufen "von der Stange", d.h. im Endeffekt von den USA.

5.3 Aufgrund von Konsolidierungsprozessen innerhalb der Industrie (grenzübergreifende Zusammenschlüsse und Übernahmen) und von Internationalisierung (insbesondere mit dem US-amerikanischen Industriegefüge) sind Großunternehmen und KMU auf dem ganzen Kontinent miteinander verbunden. Die Exporte laufen nach wie vor gut. Größtes Hindernis ist das mühsame Verhältnis zu europäischen Regierungen, was auf das Fehlen eines gemeinsamen Horizonts zurückzuführen ist.

5.4 Neben den Maßnahmen der EDA hat die EU mit zwei Richtlinien zur Öffnung des innereuropäischen Marktes begonnen⁽¹⁵⁾. Die Umsetzungsfrist lief im Sommer 2011⁽¹⁶⁾ aus, doch die tatsächliche Umsetzung schreitet nur langsam voran.

5.5 Der EWSA begrüßt mit Nachdruck die Kommissionsmitteilung⁽¹⁷⁾, die zeigt, dass bei den Analysen und Vorschlägen beträchtliche Fortschritte gemacht worden sind. Im Rahmen einer Industriepolitik für den Verteidigungssektor betont die Kommission zu Recht die Bedeutung des Binnenmarkts für Verteidigungsprodukte, FuE, die Rolle der KMU, den potenziellen Beitrag der Regionalpolitik und die Entwicklung geeigneter Qualifikationen.

5.6 Als Kritikpunkt weist der EWSA jedoch darauf hin, dass die Kommission die außergewöhnliche Stellung des Verteidigungssektors und die Notwendigkeit einer vorausschauenden Industriepolitik nicht hinreichend betont. Es geht nicht nur um die Öffnung der Märkte, da dies aufgrund der spezifischen Merkmale des Verteidigungssektors, einschließlich Artikel 346 AEUV, ordnungsgemäß definiert werden muss.

5.7 Es geht auch darum, eine politische Grundlage in Europa zu schaffen, auf der die Staaten langfristig an ihrem gemeinsamen Schicksal arbeiten. Nur dann werden die Bedingungen erfüllt sein, um auf dem innereuropäischen Markt langfristig ernstzunehmende gemeinsame Programme für gezielte Forschung, Innovation und Produktion vom Konzeptionsstadium an zu lancieren.

⁽¹⁵⁾ Verteidigungspaket, 2007.

⁽¹⁶⁾ Richtlinie 2009/43/EG (ABl. L 146 vom 10.6.2009) über die Verbringung von Verteidigungsgütern und Richtlinie 2009/81/EG (ABl. L 216 vom 20.8.2009) über die Auftragsvergabe in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit. Das Verteidigungspaket enthielt auch die Mitteilung "Eine Strategie für eine stärkere und wettbewerbsfähigere europäische Verteidigungsindustrie", COM(2007) 764 vom 5.12.2007.

⁽¹⁷⁾ Siehe Fußnote 1.

5.8 Als Ausgangspunkt der Wertschöpfungskette, die europäisiert werden sollte, ist FuE von zentraler Bedeutung⁽¹⁸⁾. Das waren auch die Gründe, weshalb bei der Errichtung der EDA, ihrer Vorläuferorganisationen (WEAG und IEPG) und in der NATO die Zusammenarbeit in den Bereichen FuT und FuE betont wurde. Wieder einmal fehlt es jedoch an der Umsetzung.

5.9 In den letzten 30 Jahren war das Versagen der Zusammenarbeit eher die Regel als die Ausnahme. Mit einigen Projekten, wie NH-90 und A400M, wurde zwar begonnen. Die Beispiele zeigen jedoch auch, dass die Systemanforderungen allzu häufig aus einer einfachen Addierung nationaler Anforderungen bestanden und dass die Entwicklungsphasen viel zu lang und die Endprodukte überteuert waren.

5.10 Mit Ausnahme einiger relativer Erfolge sind andere Kooperationsinitiativen, wie etwa NF-90, gescheitert. Parallel dazu wurden verschiedene konkurrierende Kampfflugzeugprogramme (Typhoon, Rafale, Gripen) umgesetzt, während sich viele Länder dem F-35-Programm der USA sowie einer großen Bandbreite von Raketenprogrammen angeschlossen haben.

5.11 Zurzeit werden keine bedeutenden, groß angelegten Programme umgesetzt, alldieweil die bestehenden Systeme altern und obsolet werden. Zur Veranschaulichung verweist der EWSA auf gepanzerte Fahrzeuge, U-Boote, Transporthubschrauber und tragbare Luftabwehrsysteme. Die neuen unbemannten Systeme wären eine ideale Gelegenheit für gemeinsame Initiativen, so könnte es scheinen, doch in der Praxis haben sich bislang keine derartigen Ziele abgezeichnet. Eine weitere Möglichkeit wäre eine weniger ambitionierte Zusammenarbeit, wie die Normung von Luftbetankungskapazitäten.

5.12 Der EWSA fordert die Lancierung europäischer Programme, insbesondere zur nächsten Generation ferngesteuerter Luftfahrtsysteme (RPAS), die auf Synergien mit der Kommission und auf sicherer Satellitenkommunikation beruhen. Geprüft werden können jedoch auch Bereiche der Zusammenarbeit (mit den USA) wie Luftbetankungskapazitäten, bei denen große Lücken bestehen und wo die EDA nach europäischen Lösungen sucht.

5.13 In der Kommissionsmitteilung werden Möglichkeiten genannt, die der vollen politischen Unterstützung bedürfen. Eine Schlüsselinitiative in diesem Zusammenhang wäre die Einrichtung einer hochauflösenden weltraumgestützten Beobachtungskapazität, die Nachfolgesysteme für Helios, RadarSat usw. bietet. Von zentraler Bedeutung ist hier die Bündelung der kombinierten Sachkenntnis in den Mitgliedstaaten, der ESA und den Gemeinsamen Forschungszentren, einschließlich finanzieller Ressourcen. Kein europäisches Land ist dazu allein in der Lage.

5.14 Verteidigungsprojekte müssen, wo immer dies sinnvoll ist, an FuE-Programme der EU geknüpft werden. Das RP 7 umfasst bereits Projekte mit doppeltem, d.h. zivilem und militärischem Verwendungszweck ("Dual Use"). Der Mehrwert besteht darin, dass es grenzübergreifende Projekte begünstigt. Der EWSA fordert eine systematischere Berücksichtigung von Dual-Use-Technologien im Programm Horizont 2020.

5.15 Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass sich die Industriepolitik für den Verteidigungssektor auch der Kluft zwischen den wichtigsten Herstellerländern und anderen Ländern annimmt. Die Beteiligung der Industrieunternehmen aller Länder muss aktiv gefördert werden, um möglichst viele Länder politisch mit ins Boot zu holen und wirtschaftlich zum Mitmachen zu bewegen. Auf diese Weise kann das Problem der Kompensationen, das normalerweise heftige Debatten und Kritik auslöst, allmählich verschwinden. Diese Elemente sollten fester Bestandteil einer allgemeinen europäischen Verteidigungsstrategie werden.

5.16 Der EWSA macht auf das heikle Thema des "Von-der-Stange-Kaufs" außerhalb der EU aufmerksam. Im Rahmen einer europäischen Verteidigungsstrategie muss eine derartige Politik überdacht werden. Diese wesentliche und sehr komplizierte Frage muss auf höchster Ebene angegangen werden.

5.17 Ein gut organisierter europäischer Verteidigungssektor bietet weit bessere Chancen für eine ausgewogene internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit den USA. Angesichts dessen, dass die USA ihre strategischen Interessen schützen, fordert der EWSA im Zuge der Verhandlungen über das künftige Freihandelsabkommen die sorgfältige Erwägung des Verteidigungssektors als einer Branche, die auf beiden Seiten des Atlantiks eine außergewöhnliche Stellung einnimmt.

5.18 In diesem Zusammenhang muss auch die Kontinuität der Lieferung kritischer und sensibler Teile US-amerikanischer Provenienz in der europäischen Wertschöpfungskette gebührend gewährleistet werden. Eine gemeinsame Position Europas wird auch die Verhandlungen mit Drittstaaten über die Lieferung kritischer Ausgangsstoffe erleichtern.

5.19 Ebenso gilt es, europäische Rechte des geistigen Eigentums beim Export an Drittstaaten gebührend sicherzustellen.

5.20 Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Industrieunternehmen verschiedener Länder darf nicht durch unilaterale Entscheidungen der Mitgliedstaaten über Exportkontrollen unterminiert werden, die zu einer unterschiedlichen Anwendung von Exportkontrollkriterien gegenüber dem Gemeinsamen Standpunkt⁽¹⁹⁾ und im Verhältnis zu den nationalen Kriterien der Mitgliedstaaten führen würden.

6. Maßnahmen der Kommission

6.1 Der EWSA ist mit den vorgeschlagenen Maßnahmen der Kommission weitgehend einverstanden. Er erachtet sie als einen wesentlichen Schritt nach vorn. Zu einigen Themen möchte er allerdings Bemerkungen vorbringen.

6.2 Die Zusammenarbeit mit der EDA ist von entscheidender Bedeutung. Der EWSA erachtet die Koordinierung und Verzahnung zwischen Kommission und EDA, wie in mehreren der in der Mitteilung geplanten Maßnahmen vorgesehen, als eine unabdingbare Voraussetzung für Fortschritt und Erfolg. Der EWSA verweist auf die Förderung von Dual-Use-Fähigkeiten, wie Lufttransportkapazitäten.

⁽¹⁸⁾ Im Einklang mit vielen Dokumenten. Siehe auch ABl. C 299 vom 4.10.2012, S. 17.

⁽¹⁹⁾ 2008/944/CFSP.

6.3 Der EWSA betont, dass die EDA zur Verwirklichung ihres vollen Potenzials einer tragfähigeren Finanzgrundlage und des vollen Rückhalts bei den Mitgliedstaaten bedarf. Sie sollte bei der Verteidigungsplanung in Unterstützung der Mitgliedstaaten eine herausragendere Rolle bekommen.

6.4 Der EWSA befürwortet energisch die Vorschläge der Kommission zu Normen und Zertifizierung, die zu einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit in der Industrie sowie zu einer regionalen Spezialisierung und Exzellenznetzen führen werden. Er unterstützt Synergien zwischen EDA und EASA, insbesondere bei der Zertifizierung.

6.5 KMU sind – auch in Verzahnung mit Großunternehmen – sehr wichtig für die Innovation und Produktion in der europäischen Verteidigungsindustrie. In Unterstützung der vorgeschlagenen Maßnahmen unterstreicht der EWSA die Notwendigkeit offener Netze. Durch weniger, aber stärker zielgerichtete (europäische) Projekte können sich neue Möglichkeiten auf tun.

6.6 Die Beteiligung eines breiten Spektrums an KMU in ganz Europa wird auch dazu beitragen, dass so viele Länder wie möglich mitziehen. Ihre Einbeziehung kann auch eine Möglichkeit sein, Ländern beim Übergang vom "Kauf von der Stange" hin zu einer europäischen Orientierung einen Ausgleich zu bieten.

6.7 Der EWSA unterstützt entschieden die geplanten Maßnahmen im Bereich der Qualifikationen, die von ausschlaggebender Bedeutung sind. Er steht einem positiven Beitrag aus

dem Europäischen Sozialfonds und den Strukturfonds äußerst befürwortend gegenüber und begrüßt die Arbeit der EDA, die Mitgliedstaaten zu sensibilisieren und den Entwurf konkreter Projekte in diesen Bereichen zu unterstützen.

6.8 Der EWSA bekräftigt erneut seine rückhaltlose Unterstützung für die Maßnahmen der Kommission, Technologien mit doppeltem Verwendungszweck aktiv zu nutzen.

6.9 Der EWSA betont die potenziell positive Verbindung zwischen Raumfahrt politik und Verteidigung für bestehende und neu konzipierte Projekte ⁽²⁰⁾.

6.10 Der EWSA billigt die vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich Energie, die auch eine wachsende Zahl von KMU zum Mitmachen bewegen werden.

6.11 Der internationalen Dimension kommt größte Bedeutung zu, ebenso wie der geplanten Mitteilung über eine langfristige Vision für strategische Exportkontrollen der EU. Der EWSA weist darauf hin, dass externe Industriebeziehungen nur dann gelingen können, wenn es einen echten Binnenmarkt gibt.

6.12 Schließlich billigt der EWSA uneingeschränkt alle strategischen Erwägungen in Kapitel 9.2 der Mitteilung.

Brüssel, den 17. Oktober 2013.

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Henri MALOSSE

⁽²⁰⁾ Siehe EWSA-Stellungnahme zur Raumfahrt, September 2013.